

Beschluss des Geschäftsführenden Landesvorstandes der FDP Bremen am 3. Mai 2023

Kein Koalitionsvertrag ohne Abschaffung der Ausbildungsabgabe

Die rot-grün-rote Koalition hat jüngst die Einführung einer Ausbildungsabgabe in Bremen beschlossen. Dieses bürokratische Monster hilft weder den Unternehmen noch den Auszubildenden.

Die CDU hat in Berlin die faktische Einführung einer solchen Abgabe über den mit der SPD geschlossenen Koalitionsvertrag mitgetragen. Am diesjährigen 1. Mai hat außerdem CDU-Bundesvorstandsmitglied Elke Hannack die Einführung einer bundesweiten Ausbildungsumlage gefordert.

Angesichts dieser Signale muss bezweifelt werden, ob die CDU nicht auch in Bremen zugunsten von Regierungsposten auf die Abschaffung der Ausbildungsumlage verzichten würde. Es ist ein schlechtes Signal, wenn grundsätzliche Positionen aufgegeben werden, nur um sich an Regierungen zu beteiligen.

Die FDP Bremen wird daher nach der Wahl am 14. Mai nur in eine Koalition eintreten, die auch die Abschaffung der Ausbildungsumlage im Koalitionsvertrag verankert hat.

Die FDP Bremen setzt sich stattdessen für eine deutliche Stärkung des Bremer Bildungssystems ein:

1. **Bremen braucht eine Leistungswende in der Bildung.** Durch die Einführung von Noten ab der dritten Klasse und der Wiedereinführung des Sitzenbleibens stärken wir den Leistungsgedanken in den Schulen.
2. **Wir fordern eine Ausbildungsreifegarantie statt einer Ausbildungsgarantie.** In Bremen verlassen jedes Jahr zu viele Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss oder Ausbildungsreife. Deshalb muss zukünftig der Fokus in Bremer Schulen auf dem Erlernen von Grundfähigkeiten wie Rechnen, Lesen und Schreiben liegen.
3. **Investitionsprogramm für Bildungseinrichtungen.** Gute Schulen müssen in jeder Hinsicht in einem guten Zustand sein. Wir fordern daher höhere Investitionen für ausreichend Lehrpersonal und für Reparatur, Instandhaltung und Sicherheit der Gebäude.